

# **Wahlprüfsteine der Landjugend Rheinland-Nassau und Rheinhessen-Pfalz**

## **Antworten der CDU Rheinland-Pfalz**

### **1. Bäuerliche Landwirtschaft**

Wir Christdemokraten stehen für eine familiengeführte Landwirtschaft, die flächenbezogen und auf Grundlage modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse nachhaltig sowie wirtschaftlich erfolgreich arbeitet und zugleich verantwortungsbewusst und umweltverträglich mit Boden, Luft und Wasser, Nutztieren und -pflanzen, aber auch wildlebenden Tier- und Pflanzenarten umgeht.

Wir wollen durch einen Politikwechsel in Rheinland-Pfalz unseren Landwirten mit ihren Familien wieder Mut machen für eine Zukunft mit mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung und mehr Gestaltungsspielraum bei wirtschaftlichen Entscheidungen. Unsere Landwirte übernehmen Verantwortung für ihre Betriebe und unsere Kulturlandschaft. Sie gehen dabei ein hohes wirtschaftliches Risiko ein. Wir stehen an ihrer Seite, denn wir schätzen es, dass sie nachhaltig und modern Land- und Forstwirtschaft betreiben wollen.

Die Landwirte brauchen bessere Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen. Hierzu gehören auch eine gut ausgestattete verlässliche Agrarförderung über die erste und zweite Säule der EU-Agrarpolitik sowie deren unbürokratische Durchführung.

Wir stehen für die Gleichwertigkeit aller Produktionsformen in der Land- und Weinwirtschaft. Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist im „konventionellen“ wie im „ökologischen“ Land- und Weinbau unabdingbar, um hochwertige Lebensmittel umwelt- und ressourcenschonend zu erzeugen.

Deutschland hat die höchsten Tierschutzstandards in Europa. Diese spiegeln sich aber nicht in den Erzeugerlöhnen wider. Hohe Tierschutzstandards müssen sich in höheren Erlösen für die Landwirte niederschlagen. Uns sind gleichwertige Tierschutz- und Umweltstandards in allen europäischen Staaten besonders wichtig. Ein Verbandsklagerecht lehnen wir entschieden ab.

### **2. DLR**

Für uns ist der Dreiklang aus Lehre, Forschung und Beratung unverrückbar. Die Personalsituation an unseren DLRs ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde bewusst durch die Politik der Landesregierung herbeigeführt. Wir sind der Auffassung, dass für zusätzliche Aufgaben auch zusätzliches Personal zur Verfügung stehen muss.

Die CDU hatte ein eigenes Konzept für die Agrarverwaltung aufgelegt, indem wir Doppel- und Dreifachzuständigkeiten abgebaut hätten. Wir wollen eine funktionsfähige Agrarverwaltung, die den Anforderungen der Praxis gerecht wird. Grundsätzlich wollen wir weniger Kontrolle und stattdessen mehr Beratung, mehr Forschung und mehr Lehre. Denn die DLRs sollen die Landwirte in erster Linie unterstützen. In diesem Zusammenhang müssen wir auch über Schwerpunktsetzungen an den verschiedenen Standorten nachdenken.

### **3. Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Beruf, Ausbildung und Studium**

Junge Menschen brauchen Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Nur so ist das engmaschige Netz an Jugendangeboten und selbstgestalteten Zeiten und Räumen der Jugend dauerhaft aufrecht zu erhalten. Deshalb ist es ein großes Anliegen der CDU Rheinland-Pfalz, dass Ganztagschulzeiten so flexibilisiert werden, dass ehrenamtliche Jugendarbeit auch unter der Woche noch möglich bleibt. Zudem muss ehrenamtliches Engagement mehr Berücksichtigung in Schule und Hochschule finden. Wir befürworten einen Verweis zum Thema Ehrenamt in den Schulzeugnissen, bei Bewerbungen oder beim Studium. Wir wollen das Ehrenamt auch finanziell stärken.

#### **4. Partizipation**

Die Beteiligung bei der konkreten Ausgestaltung der Jugendarbeit vor Ort ist unerlässlich. Viele Kommunen sind hier bereits auf einem guten Weg, z.B. mit Jugendparlamenten, Jugendtaxen oder Jugendräumen. Allerdings lässt die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen durch das Land wenig Spielraum. Junge Menschen brauchen Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Nur so ist das engmaschige Netz an Jugendangeboten und selbstgestalteten Zeiten und Räumen der Jugend dauerhaft aufrecht zu erhalten. Deshalb ist es ein großes Anliegen der CDU Rheinland-Pfalz, dass Ganztagschulzeiten so flexibilisiert werden, dass ehrenamtliche Jugendarbeit auch unter der Woche noch möglich bleibt. Zudem muss ehrenamtliches Engagement mehr Berücksichtigung in Schule und Hochschule finden.

#### **5. Lebens- und Bleibeperspektiven im ländlichen Raum**

Rheinland-Pfalz ist durch lebenswerte ländliche Räume geprägt. Wir wollen, dass der ländliche Raum weiterhin eine gleichwertige Lebensqualität aufweist. Dazu müssen wir die Gesundheitsversorgung erhalten, Infrastruktur – vor allem Breitbandinternet – ausbauen und Arbeitsplätze erhalten. Ohne tragfähige Internetverbindung haben weder Unternehmen eine Zukunft auf dem Land noch werden sich junge Familie ansiedeln. Daher wollen wir im ganzen Land den Ausbau von Breitbandverbindungen mit einem Technologiemix vorantreiben. Langfristig geht an der Glasfaser kein Weg vorbei. Für die kurzfristige Überbrückung wollen wir moderne Funklösungen auf Basis der 5-G-Technologie erproben. Ein gut ausgebautes Verkehrswegenetz ermöglicht es den Berufspendlern in ihrer Heimat auf dem Land wohnen zu bleiben. Deshalb werden wir die Investitionen in den Straßenbau kontinuierlich erhöhen, Engpässe beseitigen und den Investitionsstau der vergangenen Jahre ausgleichen.

#### **6. Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum**

Anerkannte Asylbewerber werden eine gewisse Zeit bei uns bleiben. Um ein gutes Zusammenleben mit Ihnen zu ermöglichen, müssen wir sie möglichst schnell in unsere Gesellschaft integrieren. Dabei sind die Flüchtlinge verpflichtet, sich zu integrieren, unsere Werte und Regeln zu akzeptieren. Wir wollen, dass jeder Asylbewerber eine Integrationsvereinbarung unterzeichnet. Gleichzeitig müssen ausreichend Sprach- und Integrationskurse zur Verfügung stehen. Arbeit ist eine weitere wichtige Voraussetzung für Integration. Wir sind grundsätzlich für den Mindestlohn auch bei Flüchtlingen, damit es keine Nachteile für bisherige Arbeitnehmer gibt. Aber in Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollte der Mindestlohn für Flüchtlinge nicht gelten, damit Unternehmen die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen finanzieren. Das ermöglicht den Einstieg von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und verbessert die Integration. Daher sind wir für begrenzte Ausnahmen vom Mindestlohn bei Flüchtlingen. Sobald diese

Maßnahmen abgeschlossen sind, muss natürlich der Mindestlohn gezahlt werden. Grundsätzlich kann Integration im ländlichen Raum mit seiner dörflichen und kleinstädtischen Struktur gut gelingen, da es deutlich weniger Anonymität als in Großstädten gibt.

## **7. Schutz vor Übergriffen und Gewalt**

Weder Hysterie noch Beschönigung von Problemen ist angesagt. Wir müssen Probleme offen ansprechen und Lösungen anbieten. Wer als Kriegsflüchtling nach Deutschland kommt, wird hier aufgenommen und anständig behandelt. Übergriffe auf Asylbewerber oder Angriffe auf deren Unterkünfte sind inakzeptabel und müssen als Verbrechen geahndet werden. Gleichzeitig müssen auch Flüchtlinge und Migranten unsere Regeln und Werte achten. Wer unser Gastrecht missbraucht, muss ausgewiesen werden.

SPD und Grüne haben die personelle und materielle Ausstattung der Polizei über Jahre vernachlässigt. Rheinland-Pfalz ist inzwischen das Bundesland mit der niedrigsten Polizeidichte. Wir werden die aktuelle Verfügungsstärke der Polizei daher schnellstmöglich um 300 Stellen erhöhen, und uns für mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei und Justiz einsetzen. Die Polizei muss auch im ländlichen Raum präsent sein und dort für Sicherheit sorgen.

## **8. Ernährungsunterricht an Schulen**

Nachhaltiges Konsumverhalten und solides finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernährung und Lebensweise müssen früh erlernt werden. Unsere Gesellschaft hat sich verändert. In Ergänzung zur elterlichen Erziehung muss sich heute auch die Schule dieser Herausforderung stellen, damit die Kinder diese Kompetenzen erlernen können. Um Verbraucherbildung bereits in der Schule verbindlich zu verankern, hat die CDU bereits erreicht, dass „Haushaltsmanagement“ inzwischen an einigen Schulen in die Lehrpläne integriert wird. Das reicht jedoch nicht aus: Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass Schwerpunktthemen der Verbraucherbildung, wie Ernährung, Finanzen und Vorsorge, Energie, digitale Welt in den Unterricht eingebracht werden. Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend in einem Fach „Haushaltsmanagement und Verbraucherbildung“ unterrichtet werden können. Darauf ist auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrer anzupassen.

## **9. TTIP und dessen Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz**

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist im deutschlandweiten Vergleich überdurchschnittlich stark exportorientiert. Deshalb ist Freihandel für Arbeitnehmer und Unternehmer sowie Landwirte in Rheinland-Pfalz mit großen Chancen verbunden. Daher ist es in unserem Interesse, dass die TTIP-Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Umfassende Handels- und Zollerleichterungen sind gerade für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für Landwirte und landwirtschaftliche Genossenschaften, von großem Vorteil. Anders als Großunternehmen sind sie besonders von bürokratischen Hürden betroffen.

Gleichzeitig sind die Befürchtungen vieler Bürger ernstzunehmen. Wir treten für transparente Verhandlungen und Ergebnisse ein, die einen angemessenen Ausgleich zwischen Handelsinteressen und dem Informationsbedürfnis der Bürger schaffen. Unser hohes

Verbraucherschutzniveau muss auf jeden Fall erhalten bleiben. Sozialstandards dürfen nicht abgesenkt werden. Die kommunale Daseinsvorsorge soll in öffentlicher Hand bleiben.

Bislang wird z.B. der Marktzugang von EU-Milchprodukten in die USA durch Quotierungen behindert. Auch erhöhte Anforderungen an Prüfkriterien über die Milchqualität sind ein großes Hindernis. Zudem gibt es in den USA auch lebensmitteltechnische Vorbehalte gegenüber in Europa angebotenen Produkten (z.B. Rohmilchkäse). Diese Herausforderungen und Fragestellungen gilt es, im jetzt laufenden Verhandlungsprozess zu lösen. Denn für die qualitativ hochwertigen veredelten europäischen Milchprodukte wird grundsätzlich ein hohes Absatzpotential in den USA gesehen. Eine Herausnahme der Landwirtschaft aus den TTIP-Verhandlungen wäre nicht sinnvoll und würde Marktabsatzchancen der deutschen Landwirtschaft reduzieren. Konsequenterweise müsste dann zudem das bereits bestehende Handelsabkommen über den Wein aufgehoben werden. Der Bezeichnungsschutz für deutschen Riesling oder Weinbezeichnungen wie „Mosel“ wären aufgehoben. Dies hätte unkalkulierbare Konsequenzen für den Weinexport in die USA.

## **10. Förderung des Berufswettbewerbes der deutschen Landjugend**

Der Berufswettbewerb der Deutschen Landjugend ist nicht nur hervorragend für die Öffentlichkeitsarbeit, er stellt auch das breite Wissen und Können der Absolventen der Grünen Berufe dar. Wir wollen den Wettbewerb erhalten und weiter unterstützen.

## **11. Mögliche Koalitionspartner**

Die Demut vor der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler gebietet es, vor den Wahlen nicht über Koalitionen zu spekulieren. Wir werden das Votum der Wählerinnen und Wähler akzeptieren und dementsprechend Gespräche mit anderen demokratischen Parteien suchen. Wir wollen stärkste politische Kraft in Rheinland-Pfalz werden. Die größte inhaltliche Schnittmenge haben wir Christdemokraten mit der FDP. Daher streben wir ein Bündnis mit ihnen an. Eine Koalition mit der AfD und der Linkspartei sowie links- und rechtsextremen Parteien schließen wir kategorisch aus.

## **12. Landwirtschafts- und Weinbaupolitik**

Die Wählerinnen und Wähler in unserem Land entscheiden, wer künftig ihre Regierung bilden wird. Welche Koalitionen dann möglich sein werden, kann man heute noch nicht sagen. Wir richten uns nach dem Votum der Wähler. Auch die Zusammensetzung der Ressorts wird sich erst in den Koalitionsverhandlungen ergeben. Mit Philipp Freiherr von und zu Guttenberg und der Landtagsabgeordneten und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten, Christine Schneider MdL, haben wir in unserem Kompetenzteam fachlich ausgesprochen versierte Personen, die bereit sind, in einem Kabinett Verantwortung zu übernehmen. Entscheidend ist, dass die Interessen von Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft in unserem Land nachhaltig und erfolgreich vertreten werden.

## **13. Chancen, Perspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirte und Jungwinzer in Rheinland-Pfalz**

Da die CDU für eine flächendeckende Landbewirtschaftung steht, brauchen wir gut ausgebildete Betriebsnachfolger. Sie sind der wichtigste Garant für eine innovative und zugleich nachhaltige Landbewirtschaftung. Außerdem benötigen wir eine attraktive Junglandwirteförderung. Gemeinsam mit der Landjugend und dem Berufsstand wollen wir überlegen, wie diese noch gezielter und praxisgerechter ausgestaltet werden kann. Die Gängelung der Familienbetriebe durch ständig wachsende Dokumentationspflichten, neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien muss aufhören. Das gilt auch für die Vergabe von Fördermitteln. Wir werden EU- und Bundesrecht wettbewerbsneutral umsetzen, keinesfalls aber noch durch weitergehende Regelungen in Rheinland-Pfalz verschärfen.

#### **14. Bekenntnis zum Produktionsstandort Rheinland-Pfalz**

Die Verbraucher entscheiden an der Ladentheke über den Produktionsstandort Rheinland-Pfalz und die Produktionsbedingungen. Deshalb ist eine umfassende Aufklärung der Verbraucher über die hochwertige Produktion von Lebensmitteln in Rheinland-Pfalz notwendig.

Wir Christdemokraten stehen zum Produktionsstandort Rheinland-Pfalz und wollen, dass auch in Zukunft landwirtschaftliche Erzeugnisse bei uns produziert werden. Wir sehen im Trend für regionale Produkte eine große Chance für die Erzeuger.

Die Landwirte wollen wir stärken, indem wir die Gängelung durch immer neue Verordnungen und Dokumentationspflichten eindämmen. EU- und Bundesgesetzgebung werden wir nur noch wettbewerbsneutral, also 1:1 umsetzen und keineswegs durch Landesrecht verschärfen. Die Landwirte sollen wieder weniger Dokumentationspflichten erfüllen müssen und sich stattdessen wieder auf die Produktion hochwertiger Lebensmittel und hervorragender Weine konzentrieren können.

Die Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung im Bereich der Landwirtschaft und des Weinbaus nimmt immer weiter zu. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung und Interessensvertretung unserer landwirtschaftlichen Betriebe auf der europäischen Ebene. Deshalb wollen wir in Brüssel, in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung, einen Beauftragten für Landwirtschaft und Weinbau einsetzen. Er soll als Ansprechpartner für die Branche und Verbände sowie als Botschafter die Interessen von Rheinland-Pfalz vertreten.

#### **15. Entbürokratisierung**

Die Gängelung der Familienbetriebe durch ständig wachsende Dokumentationspflichten, neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien muss aufhören. Das gilt auch für die Vergabe von Fördermitteln. Wir werden EU- und Bundesrecht wettbewerbsneutral umsetzen, keinesfalls aber noch durch weitergehende Regelungen in Rheinland-Pfalz verschärfen.

Darüber hinaus wollen wir ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft – das natürlich auch für die Landwirtschaft gilt. Dazu gehört, dass es in den nächsten fünf Jahren keine zusätzlichen Belastungen für unsere Unternehmen geben wird. Darüber hinaus wollen wir ein Verfallsdatum für Gesetze einführen. Nach dieser Zeit muss das Gesetz evaluiert und ggf. abgeschafft werden. Für jedes neue Gesetz wird ein auslaufendes Gesetz gestrichen. Alle Gesetze werden regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Abschaffung verzichtbarer Gesetze, Teile von Gesetzen und Verordnungen muss Vorrang vor der Einführung neuer Gesetze oder Verordnungen haben. Es wird eine Bürokratiebereinigungsgruppe eingesetzt, in der unabhängige Experten alle Gesetze und

Vorschriften durchforsten. Jedes neue Gesetz wird bei der Einführung auf Auswirkungen auf die Wirtschaft überprüft.